

Medienmitteilung

Hält der Gegenvorschlag, was die KMU-Initiative verlangt?

Die Basler Regierung nimmt die kantonale Initiative «Stopp der Vorschriftenflut!» zur Stärkung der Basler KMU ernst – nun muss der Grosse Rat seinen Einsatz für den Wirtschaftsstandort unter Beweis stellen!

Der Gewerbeverband Basel-Stadt nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass sich der Basler Regierungsrat vertieft mit der im Januar 2008 durch den Verband eingereichten Initiative «Stopp der Vorschriftenflut! (Initiative zur Stärkung der KMU)» auseinandergesetzt und anlässlich seiner Sitzung vom 23. Dezember 2008 einen entsprechenden Gegenvorschlag verabschiedet hat. Dieser soll zu Beginn der neuen Legislatur im Grossen Rat behandelt werden.

Im regierungsrätlichen Entwurf im Sinne eines Gegenvorschlags wurden die Kernanliegen der KMU-Initiative ernst genommen und im Detail analysiert. Die nun zuhanden des Parlaments vorgeschlagenen Massnahmen, mittels derer die Regulierungsdichte und die administrative Belastung für die Wirtschaft – und dabei insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – reduziert werden sollen, zielen grundsätzlich in die richtige Richtung.

Für den Gewerbeverband Basel-Stadt ist es unverzichtbar, dass bei neuen Gesetzen und Verordnungen sowie auch deren Anpassungen, von denen die KMU direkt betroffen sind, seitens der kantonalen Verwaltung eine klare Regulierungsfolgenabschätzung vorgenommen wird. Bei der hierfür notwendigen Änderung des Standortförderungsgesetzes (vom 29. Juni 2006) muss der Grosse Rat ein grosses Augenmerk darauf legen, dass die Formulierung des neuen Paragraphen zur «Administrativen Entlastung der Wirtschaft» präzise genug ist, damit das Ziel bei der Umsetzung in der Praxis auch wirklich erreicht werden kann. In diesem Sinne begrüsst der Gewerbeverband den Vorschlag einer Checkliste für die Regulierungsfolgenabschätzung, wie sie dem Ratschlag als Entwurf beigelegt wurde.

Zur Erfüllung der Forderungen der Initiative muss im Weiteren ein geeignetes Gefäss geschaffen werden, damit die Vertreterinnen und Vertreter der KMU bei der Formulierung entsprechender Gesetzes- und Verordnungstexte direkt miteinbezogen werden können. Die seitens der Initianten hierfür vorgeschlagene Gründung eines «KMU-Rates» wurde vom Regierungsrat leider abgelehnt. Im Rahmen der parlamentarischen Beratung muss demnach ein effizientes und wirksames System für eine aktive Mitwirkung der KMU-Vertreter/-innen im Gesetz verankert werden. Nur auf diese Weise können zukünftig «böse Überraschungen» hinsichtlich der administrativen Belastung der KMU bei der Umsetzung neuer Regelungen in der Praxis behoben werden.

Über einen allfälligen Rückzug der kantonalen Initiative «Stopp der Vorschriftenflut!» wird der Gewerbeverband Basel-Stadt erst nach Abschluss der Beratung im Grossen Rat und der Verabschiedung einer entsprechenden Gesetzesänderung entscheiden.

Weitere Auskünfte:

Peter Malama, Direktor Gewerbeverband Basel-Stadt

Tel. 079 322 08 33

Petra Studer, Bereichsleiterin Politik Gewerbeverband Basel-Stadt

Tel. 079 338 73 13

Gewerbeverband Basel-Stadt

Elisabethenstrasse 23, Postfach 332, CH-4010 Basel

Tel. 061 / 227 50 50 / Fax 061 / 227 50 51

Medienstelle: 061 227 50 57 / Fax 061 227 50 56

INTERNET: www.kmu-channel.ch